



Newsletter

2. Oktober 2020

Verfassungsschutz – „Mehr als 2.000 Rechtsextremisten im Visier“

Innenminister Peter Beuth hat heute gemeinsam mit dem Präsidenten des Landesamts für Verfassungsschutz (LfV) Hessen, Robert Schäfer, den hessischen Verfassungsschutzbericht 2019 und die maßgeblichen extremistischen Entwicklungen aus dem Berichtsjahr vorgestellt. Demnach ist das extremistische Personenpotenzial in Hessen 2019 im Vergleich zum Vorjahr um etwa 600 auf rund 14.000 Personen angestiegen.

Neuer Hessenplan – Weg aus dem Corona-Tief

Mit Hilfen für Unternehmen und Ausbildungsplätze, Förderprogrammen zur Wohnraummodernisierung und Anreizen zur Digitalisierung unterstützt die Landesregierung Hessens Wirtschaft bei der Überwindung der Corona-Folgen. Der von Wirtschaftsminister Tarek Al-Wazir vorgestellte Neue Hessenplan für Hessens Wirtschaft umfasst mehr als ein Dutzend Einzelmaßnahmen, die sich auf über eine Milliarde Euro summieren.

Medienstaatsverträge – Beitragsanpassung, neue Regeln für Online-Anbieter

Axel Wintermeyer, Chef der Hessischen Staatskanzlei und zuständig für die Medienpolitik der Landesregierung, hat die Verabschiedung der beiden Medienstaatsverträge im Landtag begrüßt. Damit stimmten die Parlamentarier zum einen für eine Anpassung der Rundfunkbeiträge. Zum anderen sollen in Zukunft neue Regeln für Social-Media- und Videoplattformen, Suchmaschinen und Sprachassistenten gelten.

Außerdem in dieser Ausgabe:

- ▶ Kabinettsbeschluss – Wichtiges Signal im Engagement für jüdisches Leben
- ▶ Sicherheit – „Polizeiberuf ist in Hessen weiterhin höchst attraktiv“
- ▶ Polizei – „Erfolgreicher Sicherheitstag zum Schutz der Bürger“
- ▶ Finanzen – Zentrale Rolle bei der Transformation in nachhaltigere Wirtschaft
- ▶ Kultur – Förderung für 23 Film- und Serienprojekte

Zahl der Woche, Link der Woche, Hessenbilder, Impressum

Mehr dazu auf den folgenden Seiten

Verfassungsschutz – „Mehr als 2.000 Rechtsextremisten im Visier“

Innenminister Peter Beuth hat heute gemeinsam mit dem Präsidenten des Landesamts für Verfassungsschutz (LfV) Hessen, Robert Schäfer, den hessischen Verfassungsschutzbericht 2019 und die maßgeblichen extremistischen Entwicklungen aus dem Berichtsjahr vorgestellt. Demnach ist das extremistische Personenpotenzial in Hessen 2019 im Vergleich zum Vorjahr um etwa 600 auf rund 14.000 Personen angestiegen.

Der größte Zuwachs ist im Bereich des rechtsextremistischen Personenpotentials mit einer Steigerung von 1.475 (2018) auf 2.200 (2019) zu verzeichnen. Auch bundesweit ist die rechtsextremistische Szene zuletzt von 24.100 (2018) auf 32.080 (2019) Personen angewachsen. „Die Bedrohung durch den Rechtsextremismus ist in Deutschland und so auch in Hessen dramatisch gestiegen“, erklärte Beuth. „Insbesondere der schreckliche Mord an Dr. Walter Lübcke, die niederträchtige Tat in Halle und der fürchterliche Anschlag von Hanau haben die Menschen in der Bundesrepublik Deutschland schwer erschüttert und unser Bundesland besonders getroffen. Mit unermüdlichem Einsatz haben unsere Sicherheitsbehörden im vergangenen Jahr daran gearbeitet, Entwicklungen und Bestrebungen im Bereich des Extremismus weiter aufzuhellen. Dabei wurde insbesondere der Druck auf die rechtsextremistische Szene weiter erhöht. Wir werden auch künftig alle Hebel in Bewegung setzen, um die Feinde unseres über Jahrzehnte errungenen, friedliebenden und toleranten Gemeinwesens mit allen Mitteln des Rechtsstaats zu bekämpfen. Wir werden deshalb weiterhin mit konsequentem Handeln und umfangreichen operativen Maßnahmen dem rechten Hass entgegentreten.“

Das rechtsextremistische Personenpotenzial in Hessen ist im vergangenen Jahr um 725 auf 2.200 gestiegen. Grund dafür war insbesondere die im Februar 2019 aufgenommene Beobachtung der AfD-Teilorganisationen „Flügel“ und „Junge Alternative“ (JA). Die Anzahl von als gewaltorientiert eingestuftem Rechtsextremisten nahm im Berichtsjahr 2019 ebenfalls zu. Sie stieg um 160 auf 840 Personen.

Extremistische Straf- und Gewalttaten verzeichneten von 2018 auf 2019 einen deutlichen Anstieg auf insgesamt 1.060 Delikte. Der größte Anteil der extremistischen Straftaten ist dem Rechtsextremismus zu zurechnen. Von den insgesamt 886 erfassten rechtsextremistischen Straftaten sind 803 Delikte sogenannte Propagandastraftaten. 2019 wurden in Hessen 31 rechtsextremistische Gewalttaten erfasst; darunter das Tötungsdelikt am Regierungspräsidenten Dr. Walter Lübcke sowie das versuchte rassistisch motivierte Tötungsdelikt in Wächtersbach. Bundesweit wurden 21.290 (2018: 19.409) Straftaten mit rechtsextremistischem Hintergrund erfasst, darunter waren 925 (2018: 1.088) Gewalttaten.

Polizei und Verfassungsschutz haben rechtsextremistische Szene weiter aufgehellt

Hessen hat mit der im Juli 2019 geschaffenen polizeilichen Besonderen Aufbauorganisation (BAO) Hessen R den Verfolgungsdruck auf die rechte Szene spürbar erhöht. Seit Einsetzung der Ermittlungseinheit im Juli 2019 wurden bis heute über 220 Einsatzmaßnahmen und 110 Durchsuchungen in Hessen durchgeführt sowie 114 Haftbefehle vollstreckt. Die BAO Hessen R besteht aus hessenweit 140 Ermittlern. Auch die temporär aus über 100 Ermittlern bestehende

Sonderkommission Liemecke, die nach dem Mord an Dr. Walter Lübcke eingesetzt wurde, hatte in enger Zusammenarbeit mit dem Landesamt für Verfassungsschutz im vergangenen Jahr zur Aufhellung rechtsextremistischer Strukturen in Hessen beigetragen. Im LfV wurde darüber hinaus eine Sonderauswertungsgruppe gebildet, die Reaktionen der rechtsextremistischen Szene auf den Mordfall in den Blick nahm.

Besonderer operativer Fokus auf Rechtsextremisten

Ergänzt wird BIAREX fortan durch das Modul FoBaRex („Fokussierte operative Bearbeitung herausragender Akteure im Rechtsextremismus“). Mit der neuen Einheit intensiviert das LfV Hessen den personenbezogenen Ansatz bei der Bearbeitung des Rechtsextremismus weiter. „FoBaRex nimmt besonders relevante Rechtsextremisten in Hessen gesondert und intensiv in den Fokus“, sagte LfV-Präsident Schäfer. „Dabei geht es um die Frage, ob diese Rechtsextremisten jeweils ein besonderes Radikalisierungspotenzial aufweisen, Vernetzungsprotagonisten sind und damit in besonderem Maße zur Vernetzung von Szenemitgliedern beitragen, oder ihren Schwerpunkt im Bereich Aktivitäten, etwa als Initiatoren von Veranstaltungen, haben. Aus diesem Lagebild und seiner Fortschreibung kann das LfV Hessen wertvolle analytische Schlüsse ziehen, Prognosen erstellen und das nachrichtendienstliche Vorgehen noch zielorientierter steuern.“

Die Aufhellung der rechtsextremistischen Szene war 2019 zudem auch das Ziel zahlreicher Observationsmaßnahmen. Allein 44 Prozent aller nachrichtendienstlichen Observationsmaßnahmen entfielen 2019 auf den Bereich des Rechtsextremismus. Schäfer warnte vor der „Neuen Rechten“, die als Strömung innerhalb des Rechtsextremismus an Bedeutung gewonnen hat.

Corona: Extremisten versuchen, Pandemie zu instrumentalisieren

Insbesondere Rechtsextremisten und Reichsbürger versuchten in den vergangenen Monaten Deutschlandweit und auch in Hessen, die aufgrund der Corona-Pandemie ergriffenen Maßnahmen für Agitationszwecke zu instrumentalisieren. „Unmut über Einschränkungen im Alltag dürfen nicht zum Abgleiten in extremistische Szenen führen“, erklärte Beuth. „Wir weisen deshalb deutlich darauf hin, dass auch Extremisten im Windschatten der Corona-Protestbewegungen gepaart mit kruden Verschwörungstheorien auch ihre verfassungsfeindlichen Ideologien verbreiten. Nicht nur Rechtsextremisten, Reichsbürger und Selbstverwalter nutzen diese, auch Linksextremisten, Impfgegner, Mobilfunkgegner und Esoteriker finden sich rund um die Corona-Proteste. Das Landesamt für Verfassungsschutz beobachtet weiter, inwiefern Extremisten aus diesen Protesten Gewinn schlagen wollen und wird in diesem Kontext auch weiterhin auf spezifische Vereinnahmungen durch Extremisten hinweisen.“

Islamismus: Gefahr trotz IS-Niederlagen nicht gebannt

Nach wie vor stellt der Islamismus eine große Gefahr für die freiheitliche Demokratie dar. In den sozialen Medien verbreitet der IS weiterhin jihadistische Propaganda und Anleitungen zum Begehen von Anschlägen. Der IS verfügt auch in Hessen weiterhin über Sympathisanten und Anhänger. „Die militärische Niederlage des IS in Syrien und im Irak und der Rückgang islamistischer Anschläge in Europa hat möglicherweise den Eindruck einer gewissen Entspannung entstehen lassen“, so

Beuth. „Dabei haben wir es mit einer trügerischen Ruhe zu tun. Auch wenn den Sicherheitsbehörden derzeit keine konkreten Hinweise auf in Hessen geplante islamistische Anschläge vorliegen, besteht weiterhin die Gefahr, dass sich Einzelakteure von der IS-Propaganda zu Attentaten angespornt fühlen könnten. Polizei und Verfassungsschutz bleiben daher auch im Hinblick auf drohende Gefahren durch Islamisten wachsam.“

Linksextremismus: Sachschäden in Millionenhöhe verursacht

Bundesweit waren im vergangenen Jahr von Linksextremisten zwei versuchte Tötungsdelikte und ein Angriff auf eine Immobilienmaklerin festzustellen. In Hessen erfolgten keine Attacken, bei denen lebensgefährliche Verletzungen oder gar der Tod von Menschen in Kauf genommen wurden. Die Zahl der linksextremistischen Straftaten stieg von 35 auf 60 an, die Zahl der linksextremistischen Gewalttaten sank von 13 auf 5. Den größten Anteil an den linksextremistischen Straftaten machten im Jahr 2019 Sachbeschädigungen aus. Ein besonders gravierender Fall war der Brandanschlag auf ein Autohaus in Kronberg im Taunus (Hochtaunuskreis) Ende August, der in einer Reihe von Straftaten anlässlich der IAA stand. Bei dem Brandanschlag auf dem Gelände eines Autohändlers wurden mehr als 40 hochwertige Fahrzeuge beschädigt, so dass ein Schaden in Millionenhöhe entstand.

„Der Verfassungsschutz muss in Erfüllung seines Aufklärungsauftrags herausarbeiten, wie Linksextremisten versuchen, ihre ideologischen Zielsetzungen mit einem Engagement für gesellschaftlich weitgehend akzeptierte Anliegen wie Klimaschutz oder Antifaschismus zu verschleiern“, so Schäfer „Das LfV differenziert hierbei sehr bedacht zwischen bürgerlichen Protestformen und extremistischer Einflussnahme. Unser besonderer Fokus liegt im Bereich des Linksextremismus darauf, in welchem Maße Entwicklungen der gewaltorientierten bundesweiten Autonomen Szene in Hessen Niederschlag finden.“

Gekürzte Fassung der Meldung vom 2. Oktober 2020. [Weitere Informationen.](#)

Neuer Hessenplan – Weg aus dem Corona-Tief

Mit Hilfen für Unternehmen und Ausbildungsplätze, Förderprogrammen zur Wohnraummodernisierung und Anreizen zur Digitalisierung unterstützt die Landesregierung Hessens Wirtschaft bei der Überwindung der Corona-Folgen. Der von Wirtschaftsminister Tarek Al-Wazir vorgestellte Neue Hessenplan für Hessens Wirtschaft umfasst mehr als ein Dutzend Einzelmaßnahmen, die sich auf über eine Milliarde Euro summieren.

„Der Plan macht unsere Wirtschaft widerstandsfähiger, innovativer und nachhaltiger, damit wir aus dieser Krise stärker herausgehen, als wir hineingegangen sind, und damit uns keine Krise mehr so hart trifft wie diese“, erklärte Al-Wazir. Er bezeichnete die Pandemie als eine von mehreren großen Herausforderungen, zu denen er außerdem die Erderhitzung, internationale Handelskonflikte und den ökonomischen Strukturwandel zählte. „Sie beeinflussen einander, sie überlagern und verstärken sich gegenseitig. Wir müssen also eine Antwort geben, bei der unsere Hilfen ebenso

ineinandergreifen. Indem wir gesunde Unternehmen vor den Folgen der Pandemie schützen und sie gleichzeitig beim technologisch-ökonomischen Wandel unterstützen. Indem wir in die öffentliche Infrastruktur massiv investieren und zugleich jungen Leuten neue Chancen für den Start ins Berufsleben eröffnen. Widerstandsfähigkeit, Innovationskraft und Nachhaltigkeit sind die drei Dimensionen des einen Ziels: unseren Wohlstand zu sichern.“

Um die Stabilisierung von Unternehmen, die durch Corona in Not geraten sind, geht es bei drei umfangreichen Hilfsprogrammen des Neuen Hessenplans:

- ▶ Der mit bis zu 500 Millionen Euro ausgestattete Hessen-Fonds kann befristete Beteiligungen, Bürgschaften und Haftungsübernahmen für Unternehmen ab 50 Beschäftigte finanzieren.
- ▶ Für kleinere Unternehmen wird das stark nachgefragte Programm Mikroliquidität um 200 Millionen Euro aufgestockt. Das vergibt Darlehen, die erst in zwei Jahren zurückgezahlt werden müssen und zum Teil erlassen werden können.
- ▶ Für Unternehmen, an denen bisherige Hilfsprogramme vorbeigingen, ist eine neue Notfallkasse im Umfang von bis zu 50 Millionen Euro vorgesehen.

„Wir helfen damit den Unternehmen nicht nur, irgendwie durch diese Krise zu kommen. Sondern wir unterstützen sie damit gleichzeitig dabei, ihre Geschäftsmodelle zu digitalisieren und widerstandsfähiger zu machen“, sagte Al-Wazir. „Wir retten – aber wir retten richtig.“

Um die Konjunktur zu beleben, sieht der Neue Hessenplan massive Investitionen vor, die besonders die Baubranche und das Handwerk stützen:

- ▶ Um 200 Millionen Euro stockt Hessen das Eigenkapital der landeseigenen Wohnungsbaugesellschaft Nassauischen Heimstätte Wohnstadt auf. Das hilft Hessens größtem Wohnungsunternehmen, den Bestand bis 2050 klimaneutral zu machen, ohne die Mieter über Gebühr zu belasten.
- ▶ Knapp 30 Millionen Euro stehen für ein Sonderprogramm zur Wohnraummodernisierung bereit, das besonders auf hocheffiziente Maßnahmen zielt. „Und diese Fördermittel lösen weitere private Investitionen aus“, sagte Al-Wazir. „Das ist ein Konjunkturprogramm fürs Handwerk und gleichzeitig ein Beitrag gegen die Klimaerhitzung.“
- ▶ 40 Millionen Euro stellt der Neue Hessenplan für Investitionen zur Belebung von Innenstädten und Ortskernen bereit.
- ▶ Bis zu 250 Millionen Euro sind reserviert zur Stabilisierung der öffentlichen Bus- und Bahnnetze, deren Einnahmen während der Corona-Krise eingebrochen sind. 20 Millionen Euro zusätzlich sind eingeplant für kommunale Verkehrsinfrastruktur wie Straßen oder Bus- und Straßenbahnhaltestellen.
- ▶ Weitere Mittel sind vorgesehen für Elektro-Ladesäulen, Mobilitätsstationen und die Verbesserung der Fahrrad-Infrastruktur.

„So macht der Neue Hessenplan unser Land nachhaltiger und klimafreundlicher - und kurbelt gleichzeitig die Wirtschaft an“, sagte Al-Wazir. „Wir bauen auf – aber richtig.“

Die dritte Dimension des Plans ist die Begleitung des technologisch-ökonomischen Wandels durch:

- ▶ Stärkung der Berufsausbildung in kleinen und mittleren Unternehmen über ein Programm zur Verbundausbildung, das im ersten Jahr die Ausbildungsvergütung

übernimmt und die Betriebe unterstützt, sich mit Partnern zusammenzutun, wenn sie alleine nicht alle Ausbildungsstationen abdecken können. Dafür sind bis zu 35 Millionen Euro vorgesehen.

- ▶ Weiterbildung auf dem Gebiet der Künstlichen Intelligenz, um KI-Kompetenz in die Unternehmen zu bringen, aber auch Gründungen anzuregen. Dafür sind 20 Millionen Euro vorgesehen.
- ▶ Aufstockung des Programms Digitalisierungs-Zuschuss, das kleine und mittlere Unternehmen bei der Digitalisierung ihrer Anlagen und Abläufe unterstützt.
- ▶ Mehr Beratung für Start-ups sowie Gründerstipendien.

„Je innovativer wir sind, desto besser können wir auf unerwartete Entwicklungen und Ereignisse reagieren, desto widerstandsfähiger werden wir gegen zukünftige Krisen“, erläuterte Al-Wazir. Innovationskraft beruhe sowohl auf akademischer als auch beruflicher Bildung, und die Stärkung der dualen Ausbildung diene auch der sozialen Nachhaltigkeit: „Wir lassen nicht zu, dass eine verlorene Generation Corona entsteht. Der Neue Hessenplan sichert unsere Wirtschaft in der gegenwärtigen Krise und gibt ihr gleichzeitig einen kräftigen Schub in Richtung Zukunft.“

Corona habe in vieler Hinsicht einen Neustart bewirkt, sagte Al-Wazir. „Ob dieser Neustart gelingt, ob er zum Guten oder zum Schlechten, zum Nützlichen oder Schädlichen führt, hängt von unseren Entscheidungen ab. Wir sind bisher gut durch die Krise gekommen, und das ist eine Leistung von uns allen. Von Bürgerinnen und Bürgern, Wirtschaft, Verwaltung und Politik. Lassen Sie uns also auf unserem besonnenen Weg weitergehen. Lassen Sie uns gemeinsam alles dafür tun, dass uns eine solche Krise nicht noch einmal so hart treffen kann. Lassen Sie uns deshalb unser Land widerstandsfähiger, innovativer und nachhaltiger machen. Mit dem Neuen Hessenplan. Für Hessens Wirtschaft und damit für die Menschen in Hessen.“

Weitere Informationen.

Medienstaatsverträge – Beitragsanpassung, neue Regeln für Online-Anbieter

Axel Wintermeyer, Chef der Hessischen Staatskanzlei und zuständig für die Medienpolitik der Landesregierung, hat die Verabschiedung der beiden Medienstaatsverträge im Landtag begrüßt. Damit stimmten die Parlamentarier zum einen für eine Anpassung der Rundfunkbeiträge. Zum anderen sollen in Zukunft neue Regeln für Social-Media- und Videoplattformen, Suchmaschinen und Sprachassistenten gelten.

„Für mich als Medienminister ist dies ein guter Tag, weil wir zukunftsweisende Entscheidungen getroffen haben“, sagte Wintermeyer. „Wir haben heute ein klares Votum für den öffentlich-rechtlichen Rundfunk abgegeben, der für unsere Gesellschaft von besonderer Bedeutung ist. Und wir haben einen wichtigen Schritt hin zu einer modernen Medienordnung gemacht, die der veränderten Mediennutzung der Menschen in unserem Land Rechnung trägt und gleichzeitig die Meinungs- und Angebotsvielfalt schützt.“

Morgens werden Nachrichten von Sprachassistenten vorgelesen, mittags auf einer Videoplattform eine Kochsendung geschaut, im Auto der neuste Radio-Podcast gehört und abends in der Mediathek die verpasste Sendung von gestern geschaut. Nebenher werden den ganzen Tag über die neusten Posts von Stars, Sternchen und Influencern auf Social-Media-Plattformen verfolgt. So sieht mittlerweile die Mediennutzung vieler Menschen aus, die der Medienstaatsvertrag nun rechtlich regeln soll.

Digitalisierung verändert Medienwelt

„Die Digitalisierung hat die Medienwelt grundlegend verändert“, so Wintermeyer. „Heute kann jeder mit seinem Handy direkt auf Sendung gehen und im großen Stil Informationen, aber auch Fake News verbreiten. Oder als Anbieter, der zwar keine redaktionellen Angebote produziert, sie aber zum Zuschauer oder Hörer bringt, Nachrichten bevorzugen oder schwer auffindbar machen. Es ist deshalb richtig und wichtig, Grundregeln für die digitale Welt aufzustellen, die dem Digital-Zeitalter auch entsprechen.“

Die Anbieter sollen für mehr Transparenz sorgen und beispielsweise erklären, nach welchen Kriterien sie mit ihren Algorithmen journalistische Inhalte auswählen und präsentieren. Und sie müssen sicherstellen, dass meinungsrelevante Inhalte langfristig gefunden und damit refinanzierbar bleiben. Die Situation für Live-Streamer soll sich verbessern. Der Medienstaatsvertrag sieht vor, dass sie keine Sendelizenz mehr benötigen, wenn sie über einen Zeitraum von einem halben Jahr weniger als 20.000 Nutzer gleichzeitig erreichen.

Mit der Verabschiedung des sogenannten Ersten Medienänderungsstaatsvertrags stimmte der Landtag für eine Anpassung des Rundfunkbeitrages in Höhe von 86 Cent auf 18,36 Euro im kommenden Jahr. Es wäre die erste Beitragserhöhung seit 2009. Mit den Beiträgen werden die unterschiedlichen Angebote von ARD, ZDF und Deutschlandradio im Hörfunk, Fernsehen und Internet finanziert. Für die Anpassung hatte sich die zuständige Kommission zur Ermittlung des Finanzbedarfs der Rundfunkanstalten (KEF) ausgesprochen.

Eckpfeiler für die Demokratie

„Qualitätsjournalismus, wie ihn der öffentlich-rechtliche Rundfunk bietet, ist ein Eckpfeiler unserer demokratischen Gesellschaftsordnung. In der Mehrheit sind wir uns der verfassungsrechtlichen Verantwortung bewusst, dass die Sender bedarfsgerecht finanziert werden müssen. Gerade der Hessische Rundfunk ist als kleinere Anstalt in besonderem Maße auf die Anpassung angewiesen. Mit dem Ersten Medienänderungsstaatsvertrag stellen wir sicher, dass die Rundfunkanstalten und nicht zuletzt der HR ihrer wichtigen Aufgabe für die Meinungsvielfalt in Deutschland nachkommen können – eine Aufgabe, die nach der Rechtsprechung des Bundesverfassungsgerichts auch angesichts digitaler Einflüsse auf die Meinungsbildung besonders wichtig ist“, sagte Wintermeyer.

Weitere Informationen.

Kabinettsbeschluss – Wichtiges Signal im Engagement für jüdisches Leben

Das Kabinett hat die Übernahme der Arbeitsdefinition Antisemitismus der International Holocaust Remembrance Alliance IHRA in das Handeln der Landesregierung beschlossen. „Ich bin dem Antisemitismusbeauftragten unseres Landes Uwe Becker für seine Initiative sehr dankbar und habe diesen wichtigen Beschluss sehr gerne ins Kabinett eingebracht, um unser konsequentes Handeln gegen jegliche Form der Judenfeindlichkeit in Hessen unmissverständlich zum Ausdruck zu bringen“, erklärte Ministerpräsident Volker Bouffier. „In Hessen hat jüdisches Leben eine lange und starke Tradition und ist untrennbar mit der positiven Entwicklung unseres Landes verbunden. Umso mehr schmerzt es, wenn sich 75 Jahre nach der Befreiung von Auschwitz der Judenhass auch in unserem Land wieder neuen Boden sucht. Umso konsequenter müssen wir gegen jegliche Form des Antisemitismus vorgehen. Die IHRA-Definition schafft ein wichtiges Fundament für das Erkennen der Judenfeindlichkeit in all ihren Schattierungen. Wir wollen diese Arbeitsgrundlage künftig landesweit nutzen, um unsere Strategien, Maßnahmen und Instrumente im Engagement gegen Antisemitismus darauf aufsetzen zu können.“ Die IHRA wurde 2000 als internationale Organisation gegründet, um die Erinnerung an den Holocaust wachzuhalten und Holocaust-Erziehung weltweit zu fördern. Sie besteht aus 34 Mitgliedsstaaten. Die Arbeit der IHRA wird durch ein Exekutiv-Sekretariat mit Sitz in Berlin unterstützt. Der Vorsitz der IHRA wechselt jährlich; seit März 2020 hat Deutschland den Vorsitz inne. [Weitere Informationen](#).

Sicherheit – „Polizeiberuf ist in Hessen weiterhin höchst attraktiv“

In Hessen geht im Jahr 2020 der zweitgrößte Ausbildungsjahrgang in der Geschichte der hessischen Polizei an den Start: 1.095 Anwärtinnen und Bewerber haben ihr Studium an der Hochschule für Polizei und Verwaltung begonnen. Insgesamt 8.355 junge Menschen bewarben sich um ein Bachelorstudium. Dies ist die zweithöchste Anzahl von Bewerbungseingängen in der Geschichte der hessischen Polizei. Dies gab Innenminister Peter Beuth nach Ablauf des zweiten Einstellungstermins des Jahres (30. September) in Wiesbaden bekannt. „Wir leben in herausfordernden Zeiten, in denen das Vertrauen in die Polizei wichtiger denn je ist“, sagte Beuth. „Das erneut sehr hohe Interesse von Bewerberinnen und Bewerbern an der hessischen Polizei macht deutlich, dass der Polizeiberuf in Hessen weiterhin höchst attraktiv ist. Wer sich für den Polizeiberuf entscheidet, leistet einen wichtigen Beitrag für das friedliche Zusammenleben unserer Gesellschaft. Dank des Engagements unserer tüchtigen Polizeibeamtinnen und -beamten ist Hessen bereits heute eines der sichersten Bundesländer. Wir freuen uns, dass sich so viele junge Menschen für die hessische Polizei entscheiden haben und Teil dieses modernen Sicherheitsgaranten werden möchten. In den kommenden drei Jahren werden sie bestmöglich ausgebildet, um in einem vielfältigen Berufsfeld gemeinsam mit vielen Kolleginnen und Kollegen Hessen noch sicherer zu machen.“ [Weitere Informationen](#).

Polizei – „Erfolgreicher Sicherheitstag zum Schutz der Bürger“

Mehr als 700 Polizeivollzugsbeamte waren am vergangenen Freitag anlässlich des dritten länderübergreifenden Sicherheitstages zur Bekämpfung von Straftaten im öffentlichen Raum hessenweit im Einsatz. In Hessen beteiligen sich alle sieben Polizeipräsidien an der Aktion. Insgesamt wurden 1.416 Fahrzeuge und 2.072 Personen kontrolliert. Die Polizei verzeichnete insgesamt 28 Verstöße gegen das Betäubungsmittelgesetz, fünf Verstöße gegen das Waffengesetz und 16 Fahrten unter Alkohol- oder Drogeneinfluss. Elf offene Haftbefehle konnten aufgrund von Kontrollmaßnahmen vollstreckt werden. Innenminister Peter Beuth zog anlässlich des Sicherheitstages eine positive Bilanz. „Insbesondere schwere Straftaten im öffentlichen Raum sowie an örtlichen Brennpunkten können das Sicherheitsempfinden unserer Bürgerinnen und Bürger beeinträchtigen. Deshalb bin ich den Kolleginnen und Kollegen der hessischen Polizei sehr dankbar, dass sie mit Entschlossenheit und aller Konsequenz die Sicherheit im öffentlichen Raum besonders im Blick und zu einem polizeilichen Handlungsschwerpunkt gemacht haben.“ [Weitere Informationen.](#)

Finanzen – Zentrale Rolle bei der Transformation in nachhaltigere Wirtschaft

Während der deutschen EU-Ratspräsidentschaft findet der Sustainable Finance Summit in Frankfurt nicht nur erstmals als europäischer Gipfel statt, sondern auch unter der Schirmherrschaft der Bundesregierung. „Unser Ziel ist, Frankfurt zu einem Zentrum eines nachhaltigen Wirtschafts- und Finanzsystems zu machen. Dafür haben wir mit dem Green and Sustainable Finance Cluster Germany mit Sitz in der Frankfurt School of Finance & Management bereits vor Jahren die Weichen gestellt“, sagte Wirtschaftsminister Tarek Al-Wazir. Der diesjährige Gipfel wird vom Green and Sustainable Finance Cluster gemeinsam mit dem Bundesfinanzministerium und dem Bundesumweltministerium durchgeführt. „Die Klimaerhitzung und voranschreitende Ressourcenknappheit machen es dringend erforderlich, auch Finanzfragen mit dem wirtschaftlichen, ökologischen und gesellschaftlichen Nutzen zu verknüpfen. Der Finanzsektor hat hier eine besondere Rolle, da er Investitionsbedarfe deckt und Aktivitäten der Realwirtschaft finanziert. Es ist klar: Nachhaltigkeitsaspekte müssen bei Finanzierungen berücksichtigt werden.“ Auch die Finanzwirtschaft selbst habe ein Interesse daran, nachhaltigkeitsbezogene Risiken und damit einhergehende Wertverluste zu begrenzen. [Weitere Informationen.](#)

Kultur – Förderung für 23 Film- und Serienprojekte

Neun Filmproduktionen und 14 Projekte in der Vorbereitung, Drehbuch-, Postproduktions- und Verleihförderung erhalten in der aktuellen Förderrunde der hessischen Filmförderung insgesamt gut 1,2 Millionen Euro. Das hat die Jury der HessenFilm und Medien GmbH entschieden. „Mit dieser Runde fördern wir erneut eine große Bandbreite spannender Geschichten und Charaktere“, sagte Wissenschaftsministerin Angela Dorn. „Zum Beispiel freue ich mich auf Lotte Grimm,

die Schwester der Brüder Grimm in ‚Lotte und die fabelhaften Grimms‘ oder den cholerischen Wachmann Kahn in der Comedy-Webserie ‚Secürity‘. Diese kreativen Projekte haben das Potential, ein breites Publikum für sich zu gewinnen. Durch die Verleihförderung stehen unter anderem zwei Perlen in den Startlöchern – ‚Toubab‘ und ‚Coup‘: Beide bieten unkonventionelle Erzählstrukturen, innovative Ideen und die Fokussierung auf komplexe Dialoge abseits vom Mainstream. Außerdem erwarten uns berührende Drehbücher und Dokumentarfilmstoffe wie ‚Mich haben sie vergessen‘ über die Holocaust-Überlebende Eva Erben. Sie versprechen uns anspruchsvolle und relevante Erzählungen, die wir in dieser Zeit mehr brauchen denn je.“ Als erste Ansprechpartnerin in Sachen Filmförderung stärkt die HessenFilm und Medien die hessische Film- und Medienbranche und hilft dem Land, seine Position als Kultur- und Wirtschaftsstandort für die Zukunft weiter auszubauen. Sie unterstützt sowohl die künstlerische wie auch die kommerzielle Qualität von Filmproduktionen, um optimale Bedingungen für die hessische Kreativwirtschaft zu schaffen. Gesellschafter der HessenFilm und Medien GmbH sind das Land Hessen (90 Prozent) und der Hessische Rundfunk (zehn Prozent). [Weitere Informationen.](#)

Zahl der Woche

116 Musikmentorinnen und -mentoren

Insgesamt 116 Musikmentorinnen und -mentoren hat die Landesmusikakademie Hessen seit 2018 ausgebildet. Das Programm richtet sich an musikbegeisterte Jugendliche zwischen 15 und 19 Jahren. Sie lernen zum Beispiel, wie man musikalische Gruppen und Ensembles anleitet und wie man Aufgaben rund um Proben und Aufführungen wahrnimmt. Das macht sie fit, um Chöre, Orchester und Ensembles zu unterstützen – und später selbst zu leiten. Quelle: [Wissenschaftsministerium](#)

Link der Woche

[Lächeln – Ein Aktenfund aus dem Jahr 1784](#)

Das hessische Staatsarchiv Marburg berichtet über einen Kammerassessor in Hanau, der 1784 bei einem Vortrag eines Kammerrats ein „zweideutiges Lächeln“ gezeigt haben soll. Die Angelegenheit, die in einer Prügelei in der Privatwohnung eines der Kontrahenten gipfelte, wurde ausführlich protokolliert.

Hessenbilder



Eine Streuobstwiese in der Umgebung von Wiesbaden. Streuobstwiesen, die als eines der artenreichsten Biotope gelten, sind nach der vielfältigen Anordnung und Zusammensetzung der Baumbestände benannt. Die Bäume stehen meist „verstreut“ in der Landschaft. Quelle: [Biodiversitätsstrategie Hessen](#). Foto: Dr. Beatrice Marnetté-Kühl

Impressum

Der Newsletter der Hessischen Landesregierung wird herausgegeben von:

Hessische Staatskanzlei
Georg-August-Zinn-Str. 1
65183 Wiesbaden

Verantwortlich:
Staatssekretär
Michael Bußer
Sprecher der Landesregierung

Redaktion:
Klaus Euteneuer